

„Wir trauern und wir mahnen“

Landesbehindertenrat fordert mehr Schutz vor Gewalt und mehr Selbstbestimmung

VON NADINE WEIGEL

MARBURG. Die Tat sorgte deutschlandweit für Entsetzen. In einem Wohnheim einer diakonischen Einrichtung in Potsdam waren am 28. April vier behinderte Bewohner getötet und eine Bewohnerin schwer verletzt worden. Als Tatverdächtige wurde eine 51-jährige Pflegekraft festgenommen.

„Wir sind entsetzt und schockiert über dieses Verbrechen“, so Naxina Wienstroer. Die Vorsitzende des Landesbehindertenrates Hessen (LBRH) war am Mittwoch zusammen mit zahlreichen anderen Menschen an den Elisabeth-Blochmann-Platz gekommen, um der Opfer zu gedenken. Sie zündeten Kerzen an, legten Blumen nieder.

Normalerweise finden am 5. Mai, dem europäischen Protesttag zur Gleichstellung von Menschen mit Behinderung, Aktionen, Demonstrationen und Feiern statt. „Doch in diesem Jahr trauern wir um die Opfer dieser Gewalttat“, so Wienstroer, die mahnte, dass „geschlossene Systeme wie Heime ein Nährboden für Gewaltstrukturen“ seien. Sie erinnerte daran, dass nur einen Tag zuvor die Aufsicht für unterstützende Wohnformen das Potsdamer Heim turnusmäßig geprüft hatte. Diese Tatsache sei besonders bedenklich, sagte Bernd Gökeler vom LBRH und gab zu bedenken, dass aufgrund der Corona-Pandemie Einrichtungen im vergangenen Jahr kaum vor Ort geprüft worden seien – zudem hätten auch Angehörige kaum Zutritt gehabt. „Angehörige, Umfeld und beauftragte Behörden müssen einen Blick auf die Situation in Heimen haben“, betonte Gökeler und forderte, dass auch nachts die personelle Situation verbessert werden müsse.

Naxina Wienstroer erinnerte daran, dass die Tat von Pots-



Naxina Wienstroer (vorne) und zahlreiche andere Menschen gedenken der Getöteten in einer Behinderteneinrichtung und forderten mehr Rechte und mehr Selbstbestimmung.

FOTO: NADINE WEIGEL

dam nur Teil einer Reihe von Verbrechen an behinderten und kranken Menschen in stationären Einrichtungen gewesen sei. Letzte Beispiele dafür: 2019 wurde der Krankenpfle-

„Es braucht mehr barrierefreien Wohnraum und die ambulanten Strukturen müssen flächendeckend etabliert werden.“

Naxina Wienstroer, Vorsitzende Landesbehindertenrat

ger Niels Högel in Oldenburg wegen 85 Morden an Kranken verurteilt. Anfang dieses Jahres ermittelte die Staatsanwaltschaft Bad Oeynhausen

gegen zahlreiche Mitarbeitende in einem Pflegeheim für Menschen mit Behinderung wegen Körperverletzung, illegaler Fixierung und anderer Misshandlungen.

Meist bleibe aber die alltägliche Gewalt gegen behinderte Menschen in stationären Einrichtungen unsichtbar, erklärte Wienstroer. „Es sind die dort gegebenen Strukturen, die durch eine weitgehende Abhängigkeit vom pflegenden Personal und defizitären Selbstbestimmungsmöglichkeiten der Heimbewohnerinnen geprägt sind, die gewalttätiges Verhalten gegen Behinderte befördern.“ Hinzu komme, dass die Beschwerden häufig nicht ernst genommen werden oder viele behinderte Menschen

nicht in der Lage seien, sich zu wehren. Deshalb fordert der Landesbehindertenrat Hessen mehr Gewaltschutz für behinderte Menschen und wertet die Tat von Potsdam als „Ausdruck einer massiven Behindertenfeindlichkeit“. Der LBRH kritisiert zudem die Darstellung in den Medien.

„Ich vermisse einen Aufschrei und ich vermisse, dass die Opfer in den Mittelpunkt gestellt werden“, betonte Naxina Wienstroer im Gespräch mit der OP. „Wer waren die Opfer? Wie haben sie gelebt? Was waren ihre Wünsche? Wie hätte das Verbrechen verhindert werden können?“ All diese Fragen sollten in den medialen Mittelpunkt gerückt werden – ähnlich wie es beim rassistischen Anschlag von

Hanau der Fall gewesen sei. Anlässlich des europäischen Protesttages fordert der LBRH die Verbesserung der Lebensbedingungen behinderter Menschen. Statt Menschen mit Behinderung in Heimen unterzubringen, müssten ambulante Unterstützungsstrukturen sehr viel stärker gefördert werden.

„Damit behinderte Menschen vor Gewalterfahrungen in ihrem Lebensumfeld stärker geschützt werden, braucht es mehr barrierefreien Wohnraum, und die ambulanten Strukturen müssen flächendeckend etabliert werden“, erläuterte Wienstroer und forderte, dass behinderte Menschen in die Situation versetzt werden müssten, selbstbestimmter leben zu können.